



Pressemitteilung

Erfurt, 23.08.2022

Vertrauen der Landrätinnen und Landräte in die Landesregierung nachhaltig gestört: das Land will sich aus seiner Verantwortung für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge stellen. Die Abschlagszahlung von 2.500 EUR pro aus der Ukraine Geflüchteten muss jetzt unverzüglich kommen!

Alle Landkreise in Thüringen unternehmen seit Ende Februar dieses Jahres außerordentliche Anstrengungen, um eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen sicherzustellen; sie wenden hierfür erhebliche finanzielle Mittel auf. Mit großem Unverständnis mussten die thüringischen Landrätinnen und Landräte heute der Presse entnehmen, dass die von der Landesregierung den Landkreisen erst Ende Juli als Sofortmaßnahme in Aussicht gestellte Abschlagszahlung von pauschal 2.500 EUR für jeden aus der Ukraine Geflüchteten ‚geplatzt‘ sei. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Landesregierung die Kreise hier mit Blick auf die Refinanzierung ihrer Mehrausgaben im Regen stehen lassen will.

Der von der Landesregierung nach nunmehr vier Wochen für ihren Rückzieher angeführte Verweis auf fehlende Rechtsgrundlagen ist nicht nachvollziehbar. Dies ist ein Armutszeugnis für die Arbeit aller beteiligten Ressorts. Eine solche Vorgehensweise der Landesregierung bewirkt einen weiteren immensen Vertrauensverlust auf Seiten der Landkreise. Die künftige Zusammenarbeit der Kreise mit der Landesregierung wird dadurch spürbar belastet. Die Landkreise fordern die Landesregierung unmissverständlich auf, ohne weitere Verzögerungen ihre finanzielle und organisatorische Verantwortung für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge wahrzunehmen. Das Land muss die Abschlagszahlung in Höhe von pauschal 2.500 EUR für jeden Ukraine-Flüchtling sofort ausreichen und eine 100%ige Erstattung jedweder Mehraufwendungen der Kreise über eine Spitzabrechnung sicherstellen. Darüber hinaus ist das Land gefordert, zeitnah selbst zusätzliche eigene Unterbringungsmöglichkeiten für ukrainische Kriegsflüchtlinge zu schaffen. Die Kapazitäten in den meisten Landkreisen sind längst erschöpft. Jetzt ist Ministerpräsident Ramelow gefragt: wir brauchen einen Landesvater, der sich um sein Land kümmert und mit seiner Richtlinienkompetenz die notwendigen politischen Weichenstellungen trifft. Die Zeit drängt: es ist 5 nach 12!